



Niederschrift 58. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 31.05.2017
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:02 Uhr
Ort, Raum: R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Matthias Finken	CDU/ANW	Sitzungsleitung
Herr Burkhard Exner	Bürgermeister	Vertretung für Herrn Jann Jakobs, Oberbürgermeister

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Herr Pete Heuer	SPD	
Herr Marcus Krause	SPD	
Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD	
Herr Peter Schultheiß	SPD	bis 18:20 Uhr
Herr Kai Weber	SPD	
Herr Matthias Finken	CDU/ANW	
Herr Horst Heinzl	CDU/ANW	
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen	ab 18:00 Uhr
Herr Dennis Hohloch	AfD	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Klaus-Peter Kaminski	DIE LINKE	ab 17:15 Uhr
Frau Birgit Müller	DIE LINKE	
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	
Frau Janny Armbruster	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Julia Laabs	DIE aNDERE	

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs	Oberbürgermeister	entschuldigt
------------------	-------------------	--------------

Ausschussmitglieder

Herr Sascha Krämer	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Günter Anger	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Uwe Fröhlich	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Eric Blume	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt

Schriftführer:

Herr Martin Mehlis, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
10.05.2017
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Struktur der städtischen Gesellschaften in den Bereichen Vermarktung,
Wirtschaftsförderung und Standortmanagement
Vorlage: 16/SVV/0469
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW
 - 3.2 Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen
Einrichtungen der LHP
Vorlage: 17/SVV/0059
Fraktion CDU/ANW
 - 3.3 Kunstrasenplatz Nowawiese
Vorlage: 17/SVV/0286
Fraktion DIE aNDERE
 - 3.4 Wappen der Stadt- und Ortsteile im Plenarsaal
Vorlage: 17/SVV/0328
Fraktion CDU/ANW
 - 3.5 EINE Stadt für ALLE - Integrationskonzept der Landeshauptstadt Potsdam
2016-2020
Vorlage: 17/SVV/0351
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
 - 3.6 Zusätzliche Stellplätze für Rollstühle und Kinderwagen im ÖPNV
Vorlage: 17/SVV/0367
Fraktion DIE LINKE

- 3.7 Weiterführung der Betrauung Tourismus-und Kulturmarketing ab 2018
Vorlage: 17/SVV/0371
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 3.8 Dauerhafte Nachnutzung der Biosphäre
Vorlage: 17/SVV/0370
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle für Stadtentwicklung und Bauen
- 3.9 Erhaltung der Biosphäre als dauerhafte touristische Einrichtung
Vorlage: 16/SVV/0126
Fraktion DIE LINKE
- 3.10 Wirtschaftlichkeitsberechnung für die Zusammenlegung der Biosphäre mit dem Naturkundemuseum in der Biosphärenhalle
Vorlage: 16/SVV/0022
Fraktion CDU/ANW
- 4 Genehmigung einer Dienstreise der Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung zum Treffen der Vorsitzenden der Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen im Jahr 2017
Vorlage: 17/SVV/0426
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 5 Verständigung zur Einwohnerfragestunde
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Prüfergebnis zur Postfiliale im Stern-Center
Vorlage: 17/SVV/0396
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 6.2 Kurzstreckenticket für 6 Stationen
Vorlage: 17/SVV/0416
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 6.3 Bericht zu den Sonntagsöffnungszeiten
- 7 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Finken eröffnet in Vertretung des Oberbürgermeisters die Sitzung.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung
vom 10.05.2017**

Herr Finken stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 12 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Hinsichtlich der vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Zurückzustellen sind:

- der Tagesordnungspunkt 3.2 - **Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen Einrichtungen der LHP**, DS 17/SVV/0059, da hierzu das Votum des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion fehlt,
- der Tagesordnungspunkt 3.3 - **Kunstrasenplatz Nowawiese**, DS 17/SVV/0286, da hierzu die Voten des Werksausschusses KIS sowie des Ausschusses für Bildung und Sport fehlen,
- die Tagesordnungspunkte 3.8 - **Dauerhafte Nachnutzung der Biosphäre**, DS 17/SVV/0370, 3.9 **Erhaltung der Biosphäre als dauerhafte touristische Einrichtung**, DS 16/SVV/0126, und 3.10 - **Wirtschaftlichkeitsberechnung für die Zusammenlegung der Biosphäre mit dem Naturkundemuseum in der Biosphärenhalle**, DS 16/SVV/0022, da zu diesen Punkten noch Diskussionsbedarf in den Fraktionen besteht.

Unter dem Tagesordnungspunkt **Sonstiges** soll auf Wunsch der Fraktion SPD das Thema **Eintrittspreise Sport- und Freizeitbad „Blu“** besprochen werden.

Gegen diese Änderungen erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird **einstimmig bestätigt**.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 57. Sitzung des Hauptausschusses vom 10.05.2017 wird **einstimmig bestätigt**.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

**zu 3.1 Struktur der städtischen Gesellschaften in den Bereichen Vermarktung,
Wirtschaftsförderung und Standortmanagement
Vorlage: 16/SVV/0469**

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

Herr Finken ruft den Tagesordnungspunkt 3.1 auf. Frau Armbruster bringt mündlich eine neue Fassung des Antrags ein und geht inhaltlich auf mögliche Synergien durch die Zusammenführung von Strukturen im Bereich der Vermarktung der Stadt im Allgemeinen und dem Standortmarketing im Besonderen ein.

Herr Dr. Scharfenberg möchte die neue Fassung des Antrags schriftlich ausgereicht bekommen, um darüber entscheiden zu können. Er schlägt deswegen vor, den Antrag bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses am

14.06.2017 zurückzustellen.

Nach einem kurzen Meinungsaustausch wird der Antrag im Einvernehmen **zurückgestellt**.

zu 3.2 **Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen Einrichtungen der LHP**
Vorlage: 17/SVV/0059
Fraktion CDU/ANW

zurückgestellt

zu 3.3 **Kunstrasenplatz Nowawiese**
Vorlage: 17/SVV/0286
Fraktion DIE aNDERE

zurückgestellt

zu 3.4 **Wappen der Stadt- und Ortsteile im Plenarsaal**
Vorlage: 17/SVV/0328
Fraktion CDU/ANW

Herr Rietz bringt den Antrag ein und betont, dass es Ziel des Antrags sei, die Ortsteile der Stadt Potsdam „sichtbarer“ zu machen. Er weist darauf hin, dass der Antrag als Prüfauftrag verstanden werden soll und begründet dies mit dem Denkmalschutz, der berücksichtigt werden müsse.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass fraglich ist, ob überhaupt alle Stadt- und Ortsteile über ein eigenes Wappen verfügen. Auch dies müsse geprüft werden. Herr Dr. Scharfenberg fragt nach den Wappen für die Stadtteile und weist auf eine mögliche Ungleichbehandlung hin, sollten nicht alle Stadtteile eigene Wappen haben. Er schlägt eine weitere und offene Prüfung vor. Herr Rietz stimmt der offenen Prüfung zu.

Frau Armbruster wirft ein, dass die Stadtteile, im Gegensatz zu den Ortsteilen, oft keine eigenen Wappen hätten.

Herr Exner fragt, ob in diesem Zusammenhang dann die Stadtteile, die über kein eigenes Wappen verfügen, ein Wappen erstellen sollen. Herr Krause nimmt den Punkt von Herrn Exner auf und fragt, ob diese überhaupt eigene Wappen haben dürfen.

Herr Finken schlägt vor, den Antrag als Prüfauftrag zu formulieren und den ersten Satz wie folgt zu ändern:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, vorzugsweise **zu prüfen ob** an der Stirnseite des Plenarsaals der Stadtverordnetenversammlung, unterhalb des Stadtwappens in adäquater Relation in Größe und Abstand die Wappen der Stadt- und Ortsteile der Landeshauptstadt mit anbringen zu lassen.*

Der so geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **vorzugsweise zu prüfen ob** an der Stirnseite des Plenarsaals der Stadtverordnetenversammlung, unterhalb des Stadtwappens in adäquater Relation in Größe und Abstand die Wappen der Stadt- und Ortsteile der Landeshauptstadt mit anbringen zu lassen. Darüber hinaus ist zu klären, ob die Wappen laut Wappensatzung offiziell verwendet werden dürfen. Sollte dies nicht der Fall sein, ist eine namens- und urheberrechtliche Genehmigung zu erwirken.

Dem Hauptausschuss ist bis zum 30. Oktober 2017 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	10
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	4

zu 3.5 EINE Stadt für ALLE - Integrationskonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2016-2020

Vorlage: 17/SVV/0351

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Die Gleichstellungsbeauftragte Frau Trauth-Koschnick bringt die Vorlage ein und erörtert im Rahmen einer Power Point Präsentation den Erarbeitungsprozess und die Struktur des vorgelegten Konzepts. Sie macht deutlich, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen durch Verwaltungshandeln und durch die Stadtverordnetenversammlung umgesetzt werden müssten. Auch die Gesamtsteuerung müsse noch festgelegt werden. Frau Trauth-Koschnick bedankt sich bei allen Beteiligten und plädiert für den Beschluss des Konzepts.

Herr Hohloch fragt nach dem Begriff „Zugangsbarrieren“ und was damit im Konzept gemeint ist. Auch der Begriff „interkulturelle Kompetenz“ soll noch einmal erläutert werden. Frau Trauth-Koschnick beantwortet die Nachfragen.

Herr Heinzl dankt Frau Trauth-Koschnick für die geleistete Arbeit und liest anschließend den Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW vor. Er betont, dass sich der Aspekt des „Förderns und Forderns“ nicht genügend im Konzept wiederfände. Der vorgelegte Änderungsantrag ergänzt die, aus Sicht der Fraktion CDU/ANW, fehlenden Punkte.

Herr Heuer weist darauf hin, dass der Umfang der Tischvorlage zu groß sei und diese erst noch diskutiert werden müsse. Er regt eine weitere Behandlung im nächsten Hauptausschuss an.

Frau Laabs fragt, in wie fern sich der vorliegende Änderungsantrag von dem bereits abgelehnten Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW unterscheide. Auch Frau Müller weist darauf hin, dass der vorliegende Änderungsantrag ähnlich dem bereits abgelehnten Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW sei und plädiert dafür, das Konzept sofort abzustimmen. Herr Heinzl widerspricht dem.

Der Geschäftsordnungsantrag von Herrn Heuer wird zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	10
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	0

zurückgestellt

zu 3.6 Zusätzliche Stellplätze für Rollstühle und Kinderwagen im ÖPNV

Vorlage: 17/SVV/0367

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein. Hintergrund des Antrags seien viele Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern über zu wenige Stellplätze für Rollstühle und Kinderwagen.

Herr Jetschmanegg, Leiter des Fachbereichs Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, entgegnet, dass bereits 2017 ein großes ÖPNV-Strukturpaket beschlossen worden sei. Im Rahmen des Pakets sollen unter anderem 8 neue Trams gekauft und 8 vorhandene Trams erweitert werden. Er erläutert weiter, dass die ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH ihre Fahrzeuge bedarfsorientiert einsetze und die benannten Probleme bereits bearbeiten würde. Dem vorgelegten Antrag würde, laut Herr Jetschmanegg, schon jetzt entsprochen.

Herr Dr. Scharfenberg besteht auf den Prüfauftrag und möchte der Problematik durch den Antrag „zusätzliches Gewicht“ verleihen.

Frau Armbruster fragt, welche Linien durch die genannten Probleme besonders betroffen seien und schlägt vor, den Prüfauftrag um diesen Punkt zu ergänzen. Weiter schlägt sie eine Taktverdichtung zur kurzfristigen Lösung des Problems vor.

Herr Jetschmanegg teilt mit, dass die genannte Prüfung möglich sei, bittet jedoch darum, das Ergebnis der Prüfung erst im September 2017 vorlegen zu müssen.

Herr Krause unterstützt den Prüfantrag und weist darauf hin, dass unter Umständen auch kurzfristige Lösungen bspw. durch das Entfernen von Sitzen möglich seien. Herr Exner entgegnet, dass dies nicht ohne weiteres möglich sei, da es hier auch Aspekte der Zulassung der Fahrzeuge zu bedenken gäbe. Ebenfalls weist er auf das Spannungsverhältnis zwischen ausreichend Sitzplätzen und Stellplätzen für Rollstühle und Kinderwagen hin.

Im Anschluss an die Diskussion stellt Herr Finken den Antrag, mit der Ergänzung von Frau Armbruster und der Terminänderung von Herrn Jetschmanegg zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem ViP zu prüfen, wie in Straßenbahnen und Bussen weitere zusätzliche Stellplätze für Rollstühle und Kinderwagen angeboten werden können.

Das ist vorzugsweise für die Linien zu prüfen, wo wiederholt Fahrgäste mit Rollstühlen oder Kinderwagen wegen Überfüllung zurückgelassen werden

mussten. **Die betroffenen Linien sind zu benennen.**

Die Prüfung umfasst nachträgliche Umbauten von Fahrzeugen sowie entsprechende Berücksichtigung bei der Neubeschaffung von Fahrzeugen.

Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung im Juli ~~2017~~ **September 2017** vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**.

zu 3.7 **Weiterführung der Betreuung Tourismus-und Kulturmarketing ab 2018**

Vorlage: 17/SVV/0371

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Jetschmanegg, Leiter des Fachbereichs Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, bringt die Vorlage ein. Mit Hilfe einer Power Point Präsentation geht er auf den Begriff der Betreuung und die damit verbundenen Berichtspflichten ein. Auch die in der Neufassung der Vorlage vorgenommenen Änderungen werden dargestellt.

Frau Armbruster fordert, dass die Beschlussvorlage entsprechend des Änderungsantrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geändert und die Dauer der Betreuung auf 5 Jahre verkürzt wird.

Herr Dr. Scharfenberg unterstreicht, dass die Verwaltung deutlich gemacht hätte, dass eine Kontrolle durch regelmäßige Evaluation möglich sei. Herr Jetschmanegg weist ebenfalls noch einmal auf die Kontroll- und Prüfmöglichkeiten hin, die im Rahmen der Betreuung gegeben seien.

Nach einer kurzen Diskussion, um die im Rahmen der Betreuung vorhandenen Kontrollmöglichkeiten, wird der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	12
Stimmenthaltung:	0

abgelehnt

Anschließend wird durch Herr Finken die neue Fassung der Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Die PMSG Potsdam Marketing und Service GmbH (PMSG) wird ab 2018 **bis längstens 31.12.2027** mit der Wahrnehmung von Dienstleistungsaufgaben von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse mit den Geschäftsfeldern Tourismus-und Kulturmarketing sowie Tourismusinformatio**n** betraut.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die ProPotsdam GmbH zu ermächtigen, die in der Anlage 1 zu dieser Beschlussvorlage enthaltenen Beschlüsse zur Betreuung der PMSG Potsdam Marketing und Service

GmbH zu fassen und umzusetzen.

3. Das an die PMSG für die im Rahmen der Betrauung zu erbringenden Dienstleistungsaufgaben von der Landeshauptstadt zu zahlende Entgelt wird jeweils mit den Beschlüssen zum Haushaltsplan und der mittelfristigen Finanzplanung entschieden.
4. Wesentliche Beratungsgegenstände, die das Tourismus- und Kulturmarketing während der Dauer der Betrauung betreffen und die für eine Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung vorgesehen sind, werden dem Hauptausschuss zuvor zur Kenntnis gegeben, dies betrifft insbesondere den Wirtschaftsplan und den Marketingplan.
5. Unabhängig davon informiert die PMSG den Hauptausschuss mindestens einmal jährlich über die Ergebnisse und die weiteren Schwerpunkte ihrer Arbeit bei der Umsetzung der Tourismuskonzeption 2025 der Landeshauptstadt Potsdam.
6. **Nach spätestens fünf Jahren wird der Stadtverordnetenversammlung ein extern erstellter Evaluationsbericht vorgelegt.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	14
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

zu 3.8 Dauerhafte Nachnutzung der Biosphäre

Vorlage: 17/SVV/0370

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle für Stadtentwicklung und Bauen

zurückgestellt

zu 3.9 Erhaltung der Biosphäre als dauerhafte touristische Einrichtung

Vorlage: 16/SVV/0126

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

zu 3.10 Wirtschaftlichkeitsberechnung für die Zusammenlegung der Biosphäre mit dem Naturkundemuseum in der Biosphärenhalle

Vorlage: 16/SVV/0022

Fraktion CDU/ANW

zurückgestellt

zu 4 Genehmigung einer Dienstreise der Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung zum Treffen der Vorsitzenden der Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen im Jahr 2017

Vorlage: 17/SVV/0426

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Auf eine Einbringung der Vorlage wird verzichtet.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Dienstreise der Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Frau Birgit Müller zum Jahrestreffen der Vorsitzenden der Kreistage und Stadtverordnetenversammlung am 02. Juni 2017 in Neuzelle, auf Einladung der Landtagspräsidentin, wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 5 Verständigung zur Einwohnerfragestunde

Herr Exner verweist auf die schriftlich vorliegenden Einwohnerfragen. Die Fragen 1-3; 5; 6 und 9 sollen von der Verwaltung beantwortet werden. Die Frage 4 wird nicht zugelassen. Bei der 7. Frage sollen nur die Unterfragen 7.2 und 7.4 beantwortet werden. Die weiteren Unterfragen werden nicht zugelassen.

Da die Frage 8 an die Fraktionen gestellt wurde und daher eine Beantwortung durch die Verwaltung nicht möglich sei, beschließen die Mitglieder des Hauptausschusses mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen, dass die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung die Frage beantworten soll. Dieses Verfahren solle jedoch die Ausnahme bleiben, da die Vorsitzende nicht für einzelne Fraktionen sprechen würde.

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

zu 6.1 Prüfergebnis zur Postfiliale im Stern-Center

Vorlage: 17/SVV/0396

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Dr. Scharfenberg bittet darum, dass in der kommenden Sitzung, am 14.06.2017, über den Stand und Inhalt der vertraglichen Ausgestaltung mit der Deutsche Post AG informiert werde. Denn aus der Mitteilungsvorlage gehe nicht hervor, in wie fern und in welchem Umfang die Postleistungen weiterhin im Sterncenter angeboten werden sollen. Weiterhin sei unklar, wie der Zeitraum des Umbaus kompensiert werden solle.

zurückgestellt

zu 6.2 Kurzstreckenticket für 6 Stationen

Vorlage: 17/SVV/0416

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Dr. Scharfenberg empfindet das Ergebnis der Vorlage als unbefriedigend und kündigt an, dass bis zum Ende des Jahres eine „Gesamtübersicht“ erwartet wird.

Frau Armbruster plädiert für die alte Regelung und erinnert gleichzeitig daran, dass die Kostenneutralität mehrheitlich beschlossen wurde. Sie fragt, ob die Mehrkosten nicht durch den städtischen Haushalt aufgefangen werden könnten.

Herr Dr. Scharfenberg weist darauf hin, dass die Mittel für den Erhalt des Kurzstreckentickets nicht genehmigt worden seien.

Herr Exner erklärt, dass man bei den Ticketpreisen auch an die Zukunft des ÖPNV denken müsse. Die ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH biete Leistungen an, die im Vergleich mit anderen Städten qualitativ auf hohem Niveau liegen und sich dabei preislich in der unteren Region befinden würden. Wenn das Angebot der ViP weiterhin ausgebaut werden soll, könne dies nur über Anpassungen des Preises erfolgen.

Nach einer kurzen Diskussion schließt Herr Finken den Tagesordnungspunkt.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6.3 Bericht zu den Sonntagsöffnungszeiten

Frau Krusemark erklärt, dass sich die gesetzliche Grundlage, auf der die bestehende Verordnung beruht, verändert habe. Die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage sei von 6 auf 4 reduziert worden. Aus diesem Grund werde die Verwaltung für die Juli-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eine Beschlussvorlage diesbezüglich einbringen.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob es für die Verwaltung schwierig sei, die Grenzen für stadtteilbezogene Sonntagsöffnungen festzulegen; Frau Krusemark verneint dies.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7 Sonstiges

Eintrittspreise Sport- und Freizeitbad „Blu“

Herr Heuer erklärt, damals sei die Preistabelle vorgestellt und begründet worden. Er bittet um Erklärung, wer die Entscheidungsbefugnis über die Preise für das Bad habe.

Herr Exner erklärt, die Stadt sei in diesem Fall nicht zuständig, da Leistungen von den Stadtwerken Potsdam erbracht würden, liege auch die Preisgestaltung dort. Die städtische Nutzung für z.B. Schulsport werde über einen Zuschuss an die Stadtwerke gedeckt. Die Preise seien u.a. mithilfe eines Benchmarks ermittelt worden und würden im Laufe der Zeit auch noch Anpassungen unterliegen.

Es entwickelt sich eine kontroverse Diskussion über die Preisgestaltung.

Herr Exner schlägt vor, einen Vertreter der Stadtwerke in den Hauptausschuss einzuladen, um das Vorgehen bei der Preisbildung erklären zu lassen. Dieser Vorschlag wird von den Mitgliedern des Hauptausschusses befürwortet.